

Rat für sorbische/wendische Angelegenheiten

Krajny sejm Bramborska
Rada za serbske nastupnosći

Protokoll

19. Sitzung (öffentlich)

16. Oktober 2012

Potsdam - Haus des Landtages

14.00 Uhr bis 15.00 Uhr

Vorsitz: Harald Koncak

Protokoll: Birgit Ginkel

Anwesende Ratsmitglieder: Harald Koncak
Torsten Mak
Helmut Matik
Měto Nowak

Datum der Ausgabe: 29.01.2013

Tagesordnung:

1. Tagesordnung und Protokollkontrolle
2. Aktivitäten des Rates seit der letzten Sitzung
3. Novellierung des Sorben/Wenden-Gesetzes
 - Stellungnahme der Landesregierung
 - Vorbereitung der Anhörung des Hauptausschusses am 07.11.2012
4. Bildungsfragen
 - 4.1 „Die Wirksamkeit von schulischen Sorbisch/Wendisch-Angeboten“ - Drucksache 5/4674-B - Stand der Berichterstattung
5. Verschiedenes

Festlegung:

Die Protokollkontrollen wurden auf die Sitzung am 11. Dezember 2012 vertagt.

Aus der Beratung:

Der **Vorsitzende Koncak** begrüßt alle Anwesenden zur 19. Sitzung des Rates für sorbische/wendische Angelegenheiten. Aufgrund anderer Sitzungen seien heute einige Abgeordnete abwesend.

Zu TOP 1: Tagesordnung und Protokollkontrolle

Den vorgelegten Entwurf der Tagesordnung stellt der Vorsitzende zur Abstimmung. Einstimmig mit 4 : 0 : 0 wird diesem entsprochen.

Die Protokollkontrolle wird auf die nächste Sitzung vertagt.

Zu TOP 2: Aktivitäten des Rates seit der letzten Sitzung

Der **Vorsitzende** gibt die Termine als Übersicht zu Protokoll (Anlage 1). Ein hervorzuhebender Termin sei der Festakt bezüglich des 100-jährigen Bestehens der Domowina am 13. Oktober 2012 in Hoyerswerda.

Zu TOP 3: Novellierung des Sorben/Wenden-Gesetzes
- **Stellungnahme der Landesregierung**
- **Vorbereitung der Anhörung des Hauptausschusses am**
 07.11.2012

Der **Vorsitzende** bemerkt, dass es heute nicht möglich sei, die Stellungnahme der Landesregierung zu diskutieren, da diese noch nicht vorliege. Er habe gestern Nachmittag ein telefonisches Gespräch mit Staatssekretär Gorholt gehabt, in welchem ihm dieser mitteilte, dass die Vorlage erst heute im Kabinett behandelt werde.

Herr Neumann vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur habe als Endtermin September 2012 avisiert gehabt. Bis zur Expertenanhörung am 7. November 2012 möchte er diese Vorlagen gerne noch mit den Abgeordneten besprechen.

Herr **Neumann** (MWFK) erklärt, dass die Stellungnahme für die Kabinettsitzung am letzten Dienstag vorgesehen gewesen sei. Sie sei aber erst heute auf der Tagesordnung. Abschließend bemerkt er, dass er mit Versprechungen in der Zukunft vorsichtiger sein werde.

Herr **Nowak** (Ratsmitglied) legt dar, dass es immer schwieriger werde, sich damit zu befassen. Er fragt nach, ob es möglich sei, diese Unterlage jetzt sofort zu erhalten.

Damit leitet er gleich zum nächsten Problem über: die Einladungen des Hauptausschusses zur Anhörung am 7. November 2012. Diese lägen ebenfalls noch nicht vor. Der Rat für sorbische/wendische Angelegenheiten solle angehört werden und benötige einige Zeit für die Vorbereitung seiner Stellungnahme.

Abgeordnete Frau **Niels** (GRÜNE/B90) berichtet, dass die parlamentarische Geschäftsführerin ihrer Fraktion sie am Rande des letzten Plenums Ende September 2012 bezüglich der Anzuhörenden befragt habe. Danach hätten alle Fraktionen sich geeinigt, dass es mehr Anzuhörende geben werde. Sie werde sich beim Referenten des Hauptausschusses noch einmal erkundigen. Denn sie wisse auch vom parlamentarischen Geschäftsführer der CDU-Fraktion, dass diese abgestimmt seien.

Frau **Ginkel** (Landtagsverwaltung) weist darauf hin, dass es noch Schwierigkeiten mit der davorliegenden Präsidiumssitzung gebe. Die Einladungen seien wohl deshalb noch nicht versandt.

Der **Vorsitzende** erinnert an das dem Hauptausschuss zugesandte Schreiben bezüglich der sechs Anzuhörenden. Diese seien aus Sicht des Rates für sorbische/wendische Angelegenheiten zu wenig. Eine Antwort darauf sei bis heute nicht eingegangen.

Frau **Dr. Harcke** (DIE LINKE) berichtet, dass sie sich gestern mit der Verwaltung in Verbindung gesetzt habe. Die parlamentarischen Geschäftsführer hätten sich vor der sitzungsfreien Zeit auf einen gemeinsamen Entwurf geeinigt. Aus für sie nicht nachvollziehbaren Gründen seien die Einladungen scheinbar heute erst rausgegangen. Neben den kommunalen Spitzenverbänden, dem Rat für sorbische/wendische Angelegenheiten und der Domowina würden noch neun weitere Anzuhörende eingeladen. Sie habe die Information, dass die parlamentarischen Geschäftsführer getagt und sich geeinigt hätten. Diese Information habe sie an die Verwaltung weitergegeben.

Abgeordneter **Schippel** (SPD) weist darauf hin, dass es eine Anhörung der Abgeordneten des Hauptausschusses sei. Deshalb gehe er davon aus, dass die notwendigen Fragen in der Anhörung gestellt werden. Er sehe keine Notwendigkeit noch vorher eine Extraberatung durchzuführen.

Herr **Nowak** (Ratsmitglied) macht darauf aufmerksam, dass sich die externen Experten intensiv in die Materie einarbeiten müssten, um die Fragen beantworten zu können. Er schlage deshalb ein internes Arbeitstreffen zur Verständigung vor. Innerhalb der regulären Gremiensitzung werde es nicht mehr möglich sein.

Abgeordneter **Maresch** (DIE LINKE) erinnert an die am gleichen Tag stattfindende Anhörung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie zur Frage „Menschen mit Behinderung“ bezüglich des Behindertengleichstellungsgesetzes.

Die Spitzenverbände hätten für jedes Thema einen Fachreferenten, der zu dem jeweiligen Thema referiere, erklärt Abgeordneter **Schippel** (SPD). Deshalb gehe er davon aus, dass die Spitzenverbände an beiden Anhörungen teilnehmen könnten. Gleichwohl sei die Kurzfristigkeit der Einladung beschämend.

Herr **Neumann** (MWFK) sagt zu, die Stellungnahme, sobald sie frei gegeben sei, dem Rat für sorbische/wendische Angelegenheiten zuzuleiten. Sie werde als normale Unterrichtung dem Landtag zugehen.

Die Mitglieder des Rates für sorbische/wendische Angelegenheiten würden sich dann auf einen Termin verständigen und die Abgeordneten aus der Lausitz dazu einladen, fasst der **Vorsitzende** den weiteren Umgang mit der Stellungnahme der Landesregierung zusammen.